Verbraucherzentrale Hamburg

Pressemitteilung vom 16. Januar 2019

»Bündnis gegen Wucher« fordert: Gesetzgeber muss endlich handeln

Verbraucher müssen besser vor zu teuren Krediten geschützt werden

Das vor einem Jahr gegründete »Bündnis gegen Wucher« ist angetreten, um Verbraucher vor überhöhten Kreditzinsen sowie sinnlosen und teuren Zusatzversicherungen von Banken zu schützen. Bei einem heute in Berlin stattfindenden Fachgespräch diskutieren Vertreter aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft über sinnvolle Möglichkeiten, gegen Wucher vorzugehen. Zahlreiche Betroffene haben die Verbraucherzentrale Hamburg in den zurückliegenden zwölf Monaten über ihre Erfahrungen bei der Kreditvergabe informiert. Die Hamburger Verbraucherschützer und 18 weitere im »Bündnis gegen Wucher« zusammengeschlossene Organisationen und Einzelpersonen sehen dringenden Handlungsbedarf.

„Wucher ist in Deutschland zwar gesetzlich verboten, doch es gibt Umgehungsmöglichkeiten, die systematisch ausgenutzt werden“, sagt Michael Knobloch, Vorstand der Verbraucherzentrale Hamburg. Üblich sei beispielsweise, den Kreditabschluss mit einer häufig sinnlosen und teuren Restschuldversicherung zu verbinden, deren Kosten ebenfalls kreditfinanziert werden. Doch die Kosten der Restschuldversicherung werden nicht im effektiven Jahreszins ausgewiesen. „Damit kennen Verbraucher den „wahren“ Preis ihres Kredits nicht und werden von Anfang an wirtschaftlich überfordert“, so Knobloch.

Über 22.000 Euro für Restschuldversicherung

Wozu diese Kostenintransparenz führen kann, zeigt der Fall einer Verbraucherin, die wegen einer Autoreparatur und einer Zahnbehandlung zwei Kredite aufgenommen hat. Bei einem Nettokredit über 40.100 Euro wurde ihr zusätzlich eine

Restschuldversicherung zum Preis von 22.328 Euro mitverkauft. Rechnet man die Kosten der Versicherung in die Gesamtkreditkosten ein, ergibt sich ein Effektivzins von knapp 30 Prozent. Im Vertrag stehen jedoch nur 10,95 Prozent.

„Noch sind Verbrauchern die Hände gebunden, um sich effektiv gegen Kreditwucher zur Wehr zu setzen“, ärgert sich Knobloch. „Doch dass dringend etwas geschehen muss, zeigen die vielen Schicksale, mit denen unsere Schuldnerberaterinnen und -berater täglich konfrontiert sind. Wir hoffen, dass wir im Rahmen des Fachgesprächs zu guten Ergebnissen kommen.“

Weitere Informationen über das »Bündnis gegen Wucher« sind zu finden auf der Internetseite der Verbraucherzentrale Hamburg unter www.vzhh.de/wucher

Bitte beachten Sie, dass die Meldung den Stand der Dinge zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung wiedergibt.

© Verbraucherzentrale Hamburg e. V.

https://www.vzhh.de/presse/buendnis-gegen-wucher-fordert-gesetzgeber-muss-endlich-handeln